

Berlin, im April 2021

Resolution zu den Bundestagswahlen

Umsteuern in der Energiepolitik!

Aus der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag wird eine neue Bundesregierung hervorgehen, deren Mitglieder ihre „*Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden*“ sollen.

Allen künftigen Regierungsmitgliedern und allen an deren Auswahl Beteiligten wünschen wir eine glückliche Hand und machen darauf aufmerksam, dass im Sinne des zitierten Amtseids ein **Umsteuern in der Energiepolitik** dringend nötig ist.

Konkret: Förderung und Ausbaupläne der erneuerbaren Energien müssen unbedingt an der Realität gespiegelt werden. Unabhängige Wissenschaftler weisen seit vielen Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für Windkraft- und Solarstrom erhebliche ökonomische Verwerfungen sowie technische Probleme und ökologische Schäden hervorrufen:

„Der alles dominierende rasante Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten ist maßgeblich für die Probleme der Energiewende. Die Kosten für diese klimapolitisch wirkungslose Förderung belasten die Stromverbraucher als reine Zusatzkosten. Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto „je mehr und je schneller, desto besser“ verfolgt.“

So urteilten die Wirtschaftsweisen bereits 2012.

Seither ging es auf dem falschen Weg mit hohem Tempo weiter. Ende März dieses Jahres wies auch der Bundesrechnungshof darauf hin, dass die Energiepolitik auf unplausiblen Annahmen beruht und ernüchternde Ergebnisse hervorbringt.

Das Kernproblem der fälschlich fokussierten Windkraft ist die Volatilität, die einen Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. In der Summe verhält sich die Stromproduktion so, als würde man die Erzeugungsleistung von 35 Großkraftwerken täglich auswürfeln.

Der durch das EEG und die baurechtliche Privilegierung forcierte Windkraftausbau ist für den Klimaschutz ohne messbaren Effekt. Sehr wohl messbar sind jedoch die monetären, ökologischen und technischen Effekte:

- Letztes Jahr mussten die Bürger der Bundesrepublik für EEG-Vergütungen in Höhe von 33,6 Mrd. Euro aufkommen, denen produzierter Strom im Wert von nur ca. 9 Mrd. gegenüberstand. Allein für Strom, der wegen Abregelungen erst gar nicht produziert wurde, wurden 1,34 Mrd. Euro fällig – eine gigantische Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte, die sich in den mittlerweile höchsten Strompreisen der Industrieländer niederschlägt und ärmere Bevölkerungsgruppen besonders stark trifft. Wie der Bundesrechnungshof richtig feststellte, setzte die bisherige Bundesregierung damit Vertrauen aufs Spiel und gefährdete den Wirtschaftsstandort.

- Die technischen Verwerfungen bedingen immer höheren Aufwand für das Engpassmanagement – zu Jahresbeginn 2021 konnte ein europaweiter Blackout gerade noch vermieden werden. Bei weiterem Ausbau erratischer Erzeuger und dem Abbau regelbarer Kraftwerke werden wir immer häufiger subventionierten Strom im Ausland verklappen müssen, gleichzeitig jedoch auf den Import von Kohle- und Atomstrom angewiesen bleiben.
- Um Platz für immer mehr Windkraftanlagen zu schaffen, werden Wälder gerodet und Naturräume in Industriezonen verwandelt. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel ist dies katastrophal – die ökologischen Schutzfunktionen des Waldes, u.a. als Kohlenstoffsенke, Temperaturregulator und Wasserspeicher müssen dringend erhalten, gepflegt und ausgebaut werden.
- Windkraftplanungen vernachlässigen den Schutz der menschlichen Gesundheit. Der heutige Wissensstand begründet die Gefahr eines erheblichen Gesundheitsrisikos durch den von Windenergieanlagen ausgehenden Infraschall. Schädigungen auf zellulärer Ebene sind ebenso belegt wie für das Herz-Kreislauf-System und neuronal bedingte Erkrankungen.

Die Auswirkungen des Windkraftausbaus auf lokale Flora, Fauna, Landschaft und Lebensqualität rufen im ganzen Bundesgebiet weit über 900 Bürgerinitiativen auf den Plan, die sich gegen die ökologischen Flurschäden einer als unvernünftig erkannten Politik zur Wehr setzen. Es geht diesen Bürgern im Kern darum, Fehlsteuerungen zu korrigieren und wirtschaftliche Kraft und wissenschaftliche Leistung in zukunftsfähige Entwicklungen zu lenken.

Im Namen dieser Bürger fordern wir alle künftigen Mandats- und Funktionsträger auf, bei der Neugestaltung der Energiepolitik folgende Schwerpunkte zu setzen:

1. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) abschaffen.

Unter ganz anderen Bedingungen als „Starthilfe für die Erneuerbaren“ konzipiert, ist es mittlerweile zur reinen Umverteilungsmaschinerie verkommen. Nach mehr als 20 Jahren exklusiver Vorteile für Windkraft und Solarstrom ist es überfällig, dass diese ihre Wettbewerbsfähigkeit beweisen. Die schädlichen Anreizwirkungen des EEG sind nicht mehr hinnehmbar. Ebenso aus der Zeit gefallen und inakzeptabel ist die baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen.

2. Natur- und Artenschutz verteidigen.

Die Praxis, das Bundesnaturschutzgesetz durch Ausnahmen (z.B. durch "Zonierung" von Naturschutzgebieten, "Signifikanzrahmen" für das Tötungsverbot) zu umgehen, muss unterbunden werden. Klimaschutz über Naturschutz zu stellen, birgt die Gefahr, durch Aktionismus größere Schäden zu verursachen als durch Klimaänderungen zu befürchten sind. Um dem vorzubeugen, müssen Wälder und Biotope vor den Begehrlichkeiten der Windkraftindustrie geschützt werden.

3. Wirksamen Gesundheitsschutz gewährleisten.

Der ärztlich geforderte Mindestabstand von zehnfacher Anlagenhöhe (10H) zwischen Windenergieanlagen und Wohnhäusern lässt eine Absenkung der chronischen Stress-Symptomatik erwarten und ist als Untergrenze einzufordern.

4. Einen vernünftigen Pfad einschlagen.

Dieser beinhaltet eine faktenbasierte Fokussierung wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Potentials auf Quellen mit hoher Energiedichte und geringem Verbrauch von Naturräumen.

Dr. Susanne Kirchhof
VERNUNFTKRAFT. Schleswig-Holstein

VERNUNFTKRAFT.
Schleswig - Holstein e.V.

Uwe Anhäuser
Bündnis Energiewende für Mensch und Natur
Rheinland-Pfalz und Saarland



Michael Eilenberger
Landesverband Landschaftsschutz
Sachsen



Rolf Zimmermann
VERNUNFTKRAFT. Hessen



Matthias Elsner
VERNUNFTKRAFT. Niedersachsen



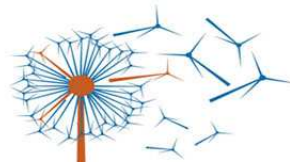
Waltraud Plarre
Volksinitiative „Rettet Brandenburg“



Volker Tschischke
VERNUNFTKRAFT. Nordrhein-Westfalen



Gilbert Schulz
Aktionsbündnis Freier Horizont
Mecklenburg-Vorpommern



Thomas Heßland
VERNUNFTKRAFT.- Thüringer Landesverband
Energiepolitik mit Vernunft



Jacob Fuhrmann
Aktionsbündnis saarländischer Bürgerinitiativen



Katharina Quabius
VERNUNFTKRAFT. Bayern



Gerti Stiefel
Mensch und Natur Baden-Württemberg



Dr. Nikolai Ziegler
Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT.

